Abenteuerliche Pirouetten: Bundesrätin Sommaruga.

Sommaruga im Märchenland

Justizministerin Simonetta Sommaruga wollte die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zu ihrem grossen Thema machen. Jetzt wird diese zu ihrem grössten Debakel.
Von Hubert Mooser

Fünf Tage nach ihrer Wahl in den Bundesrat, im November 2010, trat SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga in der «Arena» des Schweizer Fernsehens erstmals als Justizministerin auf. Zur Diskussion stand die Ausschaffungsinitiative. Die Debatte war gehässig, dann legte Sommaruga ihrem Gegner, dem damaligen SVP-Vizepräsidenten Adrian Amstutz, ein falsches Wort in den Mund. Er, Amstutz, behaupte von sich selber, dass er mit dem Zweihänder politisiere, giftete die Justizministerin. «Dir verzellet ein Seich am angere, Frou Bundesrätin», konterte dieser.

Ein Aufschrei ging durchs Land. Besorgte Stimmen fragten: «Darf man eine Bundesrätin am Fernsehen so hart angreifen?» Über die Wortwahl kann man diskutieren, aber rückblickend muss man sagen: In der Sache war die Einschätzung des heutigen SVP-Fraktionschefs nicht übertrieben. Bundesrätin Sommaruga, die sich gerne als Ausbund von Rechtschaffenheit und Korrektheit zelebriert, verbreitet seit ihrer Niederlage bei der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) Geschichten, wie das Märchentante Trudi Gerster nicht besser gekonnt hätte.

«Demokratiepolitisch nicht überzeugend»

Am Mittwoch vor einer Woche übertraf sich die Justizministerin selbst. Es ging um die Rasa-Initiative. Das Volksbegehren will Tabula rasa machen mit dem neuen Zuwanderungsartikel in der Verfassung. Das geht selbst Sommaruga zu weit. Nachdem sie im Dezember 2016 mit bedeutungsschwangerer Miene verkündet hatte, es brauche einen Gegenvorschlag zu diesem Volksbegehren, damit gewissermassen die Nichtumsetzung des Verfassungsartikels 121a kosmetisch überschminkt werden kann, drehte sie vergangene Woche eine weitere Pirouette. Mit teils abenteuerlichen Erklärungen versuchte sie zu begründen, weshalb ein Gegenvorschlag doch nicht notwendig sei.

Sommaruga verwies auf die negativen Reaktionen in der Vernehmlassung zu den Varianten der Landesregierung. «Es bringt in dieser Situation nichts, wenn der Bundesrat an seinen Plänen festhält», sagte sie. Als Argument zog sie auch das gescheiterte Referendum gegen die MEI-Umsetzung des Parlaments heran. Dies wurde nun von ihr dahingehend interpretiert, dass die Bevölkerung mit der gefundenen Lösung mehrheitlich zufrieden sei.

Die SVP kann mit der Spitzkehre des Bundesrats gut leben. Sie wehrte sich von Anfang an gegen einen Gegenentwurf zur Rasa-Initiative, weil damit in der Verfassung bloss die Nichtumsetzung der MEI durch das Parlament verschleiert werden sollte, wie Präsident Albert Rösti sagt. Andere sind weniger zufrieden, so der Ausserrhoder FDP-Ständerat

Bild: Peter Schneider (Keystone)

Andrea Caroni. Er könne zwar verstehen, dass sich der Bundesrat schwertat, zumal er in der Vernehmlassung zwar viel grundsätzliche Unterstützung erhalten habe, aber nicht für einen konkreten Verfassungstext. Das andere Argument jedoch, dass die Leute zufrieden seien, weil das Referendum gegen die MEI-Umsetzung nicht zustande kam, sei «staats- und demokratiepolitisch nicht überzeugend». Für CVP-Präsident Gerhard Pfister hat der Bundesrat mit dem Rückzieher einmal mehr Führungsschwäche bewiesen. Wahrscheinlich habe er nie wirklich an den eigenen Gegenvorschlag geglaubt, vermutet der Zuger Nationalrat.

Spitzfindigkeiten und Worthülsen

Schlimmer noch: Abgesehen von ihren Gefolgsleuten sind sich alle einig, dass die Glaubwürdigkeit der Justizministerin wegen ihrer Manöver bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative Schaden genommen hat. Seit deren Annahme im Februar 2014 wurstelt sich Sommaruga mit Spitzfindigkeiten und Worthülsen durch das heikle Themenfeld. Dabei hatte die Bernerin als Konsumentenschützerin und später als Parlamentarierin eine hohe Glaubwürdigkeit im Publikum genossen. Ungenauigkeiten waren ihr ein Gräuel. Sie legte grossen Wert auf Exaktheit und geht heute noch vielen mit ihrer pingeligen Art auf die Nerven.

Als Bundesrätin hat die Bernerin für das linke Lager ein paar gesellschaftliche Pflöcke eingeschlagen. Bei der Aktienrechtsrevision drückte sie eine Frauenquote für wirtschaftlich bedeutende Unternehmen durch. Weiter will sie in allen Betrieben mit über fünfzig Mitarbeitern die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau durchsetzen. Aber bei den grossen Themen hat sie den Kompass verloren.

In Erinnerung ist, wie sie 2015 die Flüchtlingskrise schönredete und ständig von syrischen Kriegsflüchtlingen sprach, währenddem die meisten Asylsuchenden aus Eritrea in die Schweiz kommen. Die von ihr versprochenen Verschärfungen des Asylgesetzes blieben bisher toter Buchstabe. Seit 2013 redet die Justizministerin zwar über die Beschleunigung der Asylverfahren. Im Juni 2016 sagten die Stimmbürger ja zur entsprechenden Asylgesetzrevision. Der Bund wollte das neue Regime auf den 1. Januar 2019 in Kraft setzen. Gemäss *Sonntagsblick* wird aus dem geplanten Termin nichts. Das Staatssekretariat für Migration rechne frühestens «im Verlauf des Jahres 2019» mit einer verschärften Gangart – weil man bei fast der Hälfte der neunzehn dafür geplanten Bundeszentren offenbar noch deren Machbarkeit prüfen müsse.

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative machte sie 2014 zum eigenen Thema. In grandioser Selbstüberschätzung riss sie nach einer Auseinandersetzung mit Wirtschaftsminister Schneider-Ammann und Aussenminister Burkhalter über Marschrichtung und Tempo bei der MEI-Umsetzung den Lead an sich. Im Bestreben, in den Verhandlungen mit der EU die Kontrolle über das Geschäft zu behalten, beförderte sie den Chef ihres Flüchtlingsamtes, Mario Gattiker, mit dem Segen des Bundesrates zum Staatssekretär für Migration. Doch an der Aufgabe, die anhaltende Zuwanderung aus dem EU-Raum abzubremsen, scheiterte die Bernerin.

Der Reihe nach: Unmittelbar nach der Abstimmung, im Februar 2014, nahm sie grosse Worte in den Mund. Der Volkswille, der einen «Systemwechsel» bedinge, werde umgesetzt. «Künftig wird wieder von Bern aus kontrolliert und bestimmt, wer einwandern darf», versprach Sommaruga. «Die Verfassung gilt», betonte Sommaruga. Was sie 2015 als Entwurf vorlegte, hatte mit ihren Versprechen nicht mehr viel zu tun. Der Vorschlag sah ein Vetorecht der EU vor. Konkret: Wenn man mit der EU bei der Anpassung der Personenfreizügigkeit keinen Konsens erziele, seien die EU/Efta-Bürger von der neuen Regelung ausgenommen.

Die Monate vergingen, der Vorschlag wurde in der Vernehmlassung zerzaust. Anfang 2016 legte Sommaruga endlich eine neue Botschaft zur MEI-Umsetzung vor. Das Papier hatte mit ihrem Versprechen noch weniger zu tun als die Vorlage von 2015. Aus Rücksicht auf internationale Verträge drückte sich nun die Landesregierung um griffige Zulassungsbeschränkungen. Das Herzstück der Vorlage bildete stattdessen eine nebulöse Schutzklausel.

Dann sabotierte das Parlament die MEI mit dem zahnlosen «Inländervorrang light». Als Justizministerin, die sich knapp drei Jahre zuvor mit dem Satz aufgeplustert hatte, die Verfassung gelte, hätte Sommaruga auf eine Umsetzung dieser Verfassung hinwirken müssen. Stattdessen zeigte sie bei der Beratung im Parlament Nachsicht für die faktische Nichtumsetzung.

«Glaubwürdig bleiben»

Scheinheilig betonte sie kurz vor Weihnachten 2016 die Notwendigkeit eines Gegenvorschlages zur Rasa-Initiative. Denn das Parlament habe ein Gesetz verabschiedet, das die Initiative nur teilweise umsetze, wie sie damals vor den Medien referierte. Und wieder versprach die Justizministerin: «Dieser Entscheid des Parlaments soll aber in der Bundesverfassung abgebildet werden.» Und weiter: «Die direkte Demokratie muss glaubwürdig bleiben.» Deshalb habe der Bundesrat befunden, dass sich das Volk dazu äussern solle.

Am letzten Mittwoch folgte die nächste Verrenkung. Man wolle dem Volk nun doch keinen Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative vorlegen. Das Hohelied auf eine glaubwürdige Demokratie spielte plötzlich keine Rolle mehr. Und dann kam Sommaruga wieder ins Fabulieren. Die MEI sei keine Initiative, die klar die Freizügigkeit einschränken wolle, behauptet sie nun. Wer dies erreichen wolle, der müsse dem Volk die Frage direkt unterbreiten. Wann folgt die nächste Märchenstunde? ○

Finanzen

Geld für Energie-Filz

Mit unzähligen Sonderkassen fördert der Bund die Selbstbedienungsmentalität.

Unergründlich sind die Finanzströme und -flüsschen der schweizerischen Eidgenossenschaft. Dazu gehören auch die sogenannten Spezialfonds, eine Sammlung von Sonderkässeli des Bundes, die auf dreissig Extraseiten ausgewiesen werden. Da gibt es etwa das 1890 geschaffene Legat des Dr. A. Binet-Fendt über 23 156 Franken – gleich viel wie im letzten Jahr. Gemäss dem Spender sollen alle fünf Jahre die Zinsen «derjenigen Person verabfolgt werden, deren Bürgerverdienst oder schriftstellerische Betätigung am geeignetsten befunden wird, zwischen den Bürgern den Frieden, die Eintracht, die gegenseitige Opferwilligkeit zu erhalten und zu fördern oder bei ihnen die Liebe zum Vaterland oder die Hingebung für dessen Wohlergehen anzuregen».

Die Verleihung dieses Preises scheint anspruchsvoll zu sein. Letztmals ist eine Trägerin im Jahr 1981 ausgewiesen worden, die einigermassen unbekannte Frauenrechtlerin Gertrud Heinzelmann. Neben dem Anforderungsprofil erschwert die gegenwärtige Zinssituation die Vollstreckung des Legat-Willens. Der Fonds wirft null Zinsen ab. Da kommt in fünf Jahren nicht einmal ein Blumenstrauss zusammen. Um immerhin einen Franken veränderte sich das UFA-Stiftungskapital «zu Gunsten der Forschungsanstalt für viehwirtschaftliche Produktion» in Posieux: von 41 597 auf 41 596 Franken.

Der nächste Topf wird eingerichtet

Allerdings gibt es auch richtig fette Sonderkassen, nämlich der mit 1063 Millionen Franken Steuergeldern dotierte Fonds für Regionalentwicklung – ein gigantischer Selbstbedienungstopf für die Kantone. Gemäss Selbstbeschreibung kann der Bund damit Finanzhilfen gewähren «für die Vorbereitung, die Durchführung und die Evaluation von Initiativen, Programmen und Projekten […], die das unternehmerische Denken und Handeln in einer Region fördern».

Je schwammiger die Definition, desto ungenierter wird zugegriffen. 570 Millionen Franken hat der Bund zwischen 2008 und 2015 für Regionalprojekte gesprochen – was die Kantone damit anstellen, weiss das zuständige Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) auch nicht so genau. Und der nächste grosse Topf wird gerade eingerichtet: Der mit den CO_2-Abgaben gespeiste «Technologiefonds» – ein bereits mit 97 Millionen Franken ausgestattetes Subventionsvehikel für Firmen aus dem erneuerbaren Energie-Filz. *Peter Keller*